

Bericht der Verwaltung
für die Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie
(S) am 11. April 2013

Berichterstattung zum Stand der Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses „Vernetzte Quartiersentwicklung im Umfeld der George-Albrecht-Straße“

Sachdarstellung

Von der Bremischen Bürgerschaft wurde am 11.12.2012 einstimmig ein Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur „Vernetzten Quartiersentwicklung im Umfeld der George-Albrecht-Straße!“ beschlossen. Der Senat hat am 18.12.2012 die Verwaltung mit der Umsetzung des Beschlusses beauftragt. Eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern der Ressorts Soziales, Arbeit, Bau, Inneres sowie der Senatskanzlei sollte eingerichtet werden, die gemeinsam mit dem Quartiersmanagement ein Konzept für die George-Albrecht-Straße und das Umfeld erarbeitet.

Den städtischen Deputationen für Soziales, Kinder und Jugend, für Inneres und Sport, für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte sollte halbjährlich berichtet werden.

Unter Federführung der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen ist eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden, die zurzeit für das komplexe Problem Handlungsschritte erarbeitet.

In der ersten Sitzung am 21.01.2013 wurde festgestellt, dass – vor allem zur Entwicklung einer nachhaltigen Entwicklungsperspektive - die Datenlage unbefriedigend ist und nachgebessert werden muss. Die Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers sind ebenfalls nicht bekannt, so dass auch zu dieser Fragestellung eine Erhebung erforderlich ist. Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen wurde beauftragt, eine entsprechende Ausschreibung zu veranlassen. Das Büro pro loco wurde beauftragt, bis Ende April die Untersuchung durchzuführen und erste Handlungsempfehlungen auszuarbeiten.

Mit dem vorliegenden Bericht der Verwaltung und der als Anlage beigefügten Vorlage für die Sitzung der städtischen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend am 7.03.2013 „Berichterstattung zum Stand der Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses Vernetzte Quartiersentwicklung im Umfeld der George-Albrecht-Straße“ erfolgt die gewünschte Berichterstattung in der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

Beschlussvorschlag

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis

Anlage

Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen

Bremen, 28.02.2013
Bearbeitet von: Herrn Wojke
Tel.: 361 8321

Lfd. Nr. **108/13**

**Vorlage
für die Sitzung
der städtischen Deputation
für Soziales, Kinder und Jugend
am 07.03.2013**

**Berichterstattung zum Stand der Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses
„Vernetzte Quartiersentwicklung im Umfeld der George-Albrecht-Straße“**

A. Problem

Von der Bremischen Bürgerschaft wurde am 11.12.2012 einstimmig ein Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur „Vernetzten Quartiersentwicklung im Umfeld der George-Albrecht-Straße!“ beschlossen. Der Senat hat am 18.12.2012 die Verwaltung mit der Umsetzung des Beschlusses beauftragt. Eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern der Ressorts Soziales, Arbeit, Bau, Inneres sowie der Senatskanzlei sollte eingerichtet werden, die gemeinsam mit dem Quartiersmanagement ein Konzept für die George-Albrecht-Straße und das Umfeld erarbeitet.

Der städtischen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend, der städtischen Deputation für Inneres und Sport, der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte – beginnend im Frühjahr 2013 – ist halbjährlich zu berichten.

B. Lösung

Mit der vorliegenden Vorlage erfolgt die Berichterstattung an die Fachdeputationen und den Ausschuss.

Zum Umsetzungsstand im Einzelnen:

Einrichtung einer Arbeitsgruppe

Die Arbeitsgruppe ist inzwischen eingerichtet und hat zweimal unter Federführung des Sozialressorts getagt. Neben den o. g. Ressorts ist das Bildungsressort beteiligt und ständiges Mitglied der Arbeitsgruppe, die Ressorts Justiz und Kultur werden bei Bedarf eingeladen.

In der ersten Sitzung am 21.01.2013 wurde festgestellt, dass – vor allem zur Entwicklung einer nachhaltigen Entwicklungsperspektive - die Datenlage unbefriedigend ist und nachgebessert werden muss. Die Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers sind ebenfalls nicht bekannt, so dass auch zu dieser Fragestellung eine Erhebung erforderlich ist. Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen wurde beauftragt, eine entsprechende Ausschrei-

bung zu veranlassen. Während der 2. Sitzung am 19.02.2013 konnten die eingegangenen Angebote vorgestellt werden. Eine Auswahlentscheidung wurde getroffen und das Büro pro loco inzwischen beauftragt, bis Ende April die Untersuchung durchzuführen und die Ergebnisse in der Arbeitsgruppe vorzustellen. Die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe ist für den 09.04.2013 geplant.

Stelle Quartiersmanagement schaffen

Die Ausschreibung der Stelle befindet sich in der Vorbereitung. Die Anbindung soll im Amt für Soziale Dienste, Sozialzentrum Nord erfolgen. Vorgesehen ist die Ausschreibung eines vollen Beschäftigungsvolumens, befristet für zunächst zwei Jahre.

Ausbau U3-Kindertagesbetreuung

Die entsprechenden Planungen sind aufgenommen. Die erforderlichen Abstimmungen erfolgen z. Zt.

Quartierstreffpunkt

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe halten es für sinnvoll, dass der Treffpunkt im unmittelbaren Umfeld, aber nicht direkt in der George-Albrecht-Str. eingerichtet wird. Dazu bietet sich die Mühlenstr. an. Dort gibt es mehrere leerstehende Ladengeschäfte, die grundsätzlich zur Nutzung in Frage kämen. Das Ortsamt und die „Kümmerer“ für die städtebauliche Zentrumsentwicklung in Blumenthal wurden gebeten, Hinweise auf geeignete Immobilien zu geben und Kontakte zu den Vermietern herzustellen

Projekt „Stopp der Jugendgewalt“ und Maßnahmen gegen jugendliche Intensivtäter

Die Thematik George-Albrecht-Str. und Umgebung wurde in den Gremien erörtert. Sie ist dort bekannt und mit verschiedenen Maßnahmen belegt. Die Notwendigkeit für eine Neuausrichtung und Ausweitung wird aktuell nicht gesehen. Eine regelmäßige Überprüfung der Wirksamkeit und ggf. notwendiger Intensivierung der Maßnahmen wird vorgenommen.

Entwicklung spezifischer Arbeitsmarkt – bzw. beschäftigungspolitischer Maßnahmen

Das Arbeitsressort hat die Möglichkeit, im Rahmen von Programmen zur Beschäftigungsförderung verschiedene Maßnahmen und Projekte über das Jobcenter Bremen anzubieten. Erforderlich sind jedoch eine Datenerhebung und ein Konzept, um konkrete Planungen für Angebote vornehmen zu können. Die Ergebnisse der Datenerhebung durch das Büro pro loco werden wichtige Grundlage für die Maßnahmen Planung sein.

Strategie entwickeln zur Integration des Quartiers in eine WiN – Förderung, ggf. eine ähnliche Förderung konzipieren

Diese Fragestellung wurde noch nicht abschließend geprüft. Nach derzeitigem Diskussionsstand ist eine WiN – Förderung aber eher unwahrscheinlich, da das Quartier die Anforderungen an ein WiN Gebiet nur teilweise erfüllt.

Weitere Maßnahmen und Planungen

Weitere Maßnahmen, wie sie in dem Beschluss der Bürgerschaft aufgeführt sind, können nach derzeitigem Stand der Bearbeitung noch nicht durchgeführt werden, da bestimmte Voraussetzungen, wie die Besetzung der Stelle Quartiersmanagement und die Einrichtung des Quartierstreffpunkts, noch nicht umgesetzt sind. Die jeweils zuständigen Ressorts entwickeln die Planungen jedoch weiter, so dass eine zeitnahe Umsetzung erfolgen kann.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender Prüfung

Die Finanzierung der Stelle Quartiersmanagement und des Quartierstreffpunktes wurde in der Arbeitsgruppe angesprochen. Eine abschließende Regelung zwischen den einzelnen Ressorts wurde aber noch nicht getroffen.

Die Beauftragung des Büros pro loco wird von den Ressorts Arbeit, Bildung, Bau und Soziales zu je 25 % aus den laufenden Haushalten unter Einbezug von Europamitteln finanziert.

Genderaspekte sind durch diese Vorlage nicht betroffen.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Berichterstattung in den Fachdeputationen und dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte wurde in der Sitzung der Arbeitsgruppe am 19.02.2013 abgestimmt.

F. Beschlussvorschlag

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Bericht zur Kenntnis.